

**Carsten Lilje: Die Entstehung der Oder-Neiße-Linie als Nebenprodukt alliierter Großmachtpolitik während des Zweiten Weltkrieges.** (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 650.) Verlag Peter Lang, Frankfurt/Main, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1995. 255 S., 5 Ktn., DM 69,—.

Die Zahl der Bücher, Aufsätze und Quellenpublikationen zu den Alliierten Kriegskonferenzen und zur Festlegung der deutsch-polnischen Demarkationslinie an Oder und Lausitzer Neiße ist Legion. Wesentliche neue Erkenntnisse sind jedoch erst nach Erschließung weiterer Archivalien zu erwarten. Deshalb erstaunt die Unbekümmertheit, mit der sich der Vf. einer ursprünglich als Magisterarbeit konzipierten Studie, der zudem wegen fehlender Polnischkenntnisse bloß die entweder in westsprachlichen Übersetzungen zugänglichen oder in der westlichen Historiographie zitierten Werke polnischer Historiker und Völkerrechtler heranziehen konnte, aber auch einschlägige Titel (z. B. G. Bluhm, F. Faust, L. Gelberg, J. Kokot, B. Wiewióra) unberücksichtigt ließ, zur Veröffentlichung seiner Ergebnisse entschloß. Er möchte nach diesem Schritt letztlich eine Antwort geben auf Äußerungen des Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen und anderer Funktionäre, die trotz des Grenzvertrags vom 14. November 1990 den Verlauf der deutsch-polnischen Grenze erneut in Frage stellten (S. 14, 17, 166f.). Carsten Lilje appelliert deshalb nachdrücklich an die politische Vernunft und plädiert dafür, die inzwischen erreichte Normalisierung der jahrzehntlang wegen der offenen Grenzfrage strapazierten deutsch-polnischen Nachbarschaft nicht durch unangebrachte Revisionsforderungen zu gefährden. Dieses begrüßenswerte Anliegen enthebt den Rezensenten aber nicht der Pflicht, sich mit dieser Studie kritisch auseinanderzusetzen.

Im ersten Teil steht der „Kampf“ um die sowjetisch-polnische Nachkriegsgrenze im Mittelpunkt, denn Stalin wich auch in der Stunde der größten militärischen Bedrängnis im Spätherbst 1941 kein Jota von der Forderung ab, die bereits nach dem Ersten Weltkrieg durch die Curzon-Linie vorgesehene, im deutsch-sowjetischen Zusatzabkommen vom 28. September 1939 ebenfalls in groben Zügen festgeschriebene Westgrenze für die UdSSR zu behaupten. Die polnische Exilregierung in London verlangte ihrerseits nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion eine nach Westen vorgeschobene, begradigte und verkürzte Grenze gegenüber dem Deutschen Reich, wobei in einem im Dezember 1942 verfaßten Memorandum erstmals die westliche = Lausitzer Neiße Erwähnung fand; bis dorthin sollte eine Zone der „strict occupation“, nicht aber die territoriale Ausdehnung Polens reichen. Während Stalin auf der Konferenz in Teheran im Dezember 1943 die Zustimmung Roosevelts und Churchills zur neuen sowjetischen Westgrenze entlang der Flüsse Narew, Bug und San aushandeln konnte, blieb der Umfang der Polen einzuräumenden Kompensation auf Kosten des Deutschen Reiches weiterhin offen.

Erst danach setzte der „Kampf“ um den Verlauf der polnisch-deutschen Grenze mit aller Härte und diplomatischen Raffinessen ein. L. geht davon aus, daß Stalin erstmals in einem Geheimabkommen dem von Kommunisten dominierten Lubliner Komitee im Juli 1944 einen Grenzverlauf an Oder und Lausitzer Neiße in Aussicht gestellt, diese Festlegung aber auch in Jalta noch geschickt verschleiert habe. Mit einem bescheidenen Entgegenkommen in der Reparationsfrage habe Stalin dann in Potsdam seine außenpolitisch unerfahrenen Verhandlungspartner, den im April in das Amt des amerikanischen Präsidenten nachrückten H. S. Truman und den nach den siegreichen Parlamentswahlen am 27. Juli zum Premierminister berufenen C. Attlee, dazu gebracht, den durch die Übertragung der Ziviladministration bis zur westlichen Neiße an die durch die Aufnahme einiger Exil-Politiker zur „Regierung der nationalen Einheit“ mutierten polnischen Kommunisten bereits geschaffenen Fakten zuzustimmen. Seinem Fazit, „daß trotz der Verschiebung der endgültigen Festlegung auf die Friedenskonferenz wohl alle Seiten sich darüber klar waren, daß hier ein endgültiger Beschluß gefaßt worden war“ (S. 155), ist nichts hinzuzufügen.

Das Verdienst der Untersuchung liegt vor allem in der Gegenüberstellung der kontroversen Aussagen, die L. sorgfältig den publizierten Memoiren der Direktbeteiligten, der benützten Sekundärliteratur und den penibel ausgewerteten Dokumentationen entnahm, sowie in der Bewertung ihrer Glaubwürdigkeit und in dem – aber nicht immer schlüssig gelungenen – Bemühen, plausible Handlungsabläufe aufzuzeigen. Sein herausragendes, aber nicht besonders fruchtbares Interesse gilt dem Nachweis, wann welcher Politiker oder welche Gruppierung Forderungen erhoben oder Zusagen gemacht bzw. erhalten hat, die neue polnische Westgrenze über die Oder-Linie hinaus bis zur Glatzer oder gar zur Lausitzer Neiße vorzuschieben; dabei sind ihm einige Klarstellungen und Präzisierungen zu danken. Fast gleichgroßes Gewicht räumt er der Offenlegung der Täuschungs- und Betrugsmanöver Stalins sowie der Enthüllung kommunistischer Geschichtsklitterungen ein, die nicht nur in zwei Kapiteln (S. 66 ff. und S. 85 ff.) im Mittelpunkt stehen, sondern auch sonst als wichtiges Charakteristikum der sowjetischen Diplomatie und eines dämonisierten Stalin herausgearbeitet werden. Dem Diktator wird „jeder billige Trick und jede Schurkerei“ (S. 109) und „gewissenlose Raffinesse“ (S. 120) unterstellt, hat er doch die alliierten Staatsmänner nach Strich und Faden belogen, betrogen, planmäßig getäuscht und über den Tisch gezogen (S. 107, 127, 129, 134, 136, 161 usw.); Rückschlüsse auf die Menschenkenntnis und die politische Moral der Gesprächspartner Stalins aus dem alliierten Lager verknüpft sich L. wohlweislich. Den polnischen Historikern wird der globale Vorwurf gemacht, „sich in ein Netz von Lügen und Widersprüchen“ verstrickt zu haben, „was unter Kommunisten ja häufig vorkam“ (S. 89 f.), wodurch sie mehrfach in die peinliche Lage gerieten, „ihre Betrügereien von früher aufdecken zu müssen“ (S. 107). Diese emotionsgeladenen Unterstellungen, die wegen fehlender Sprachbeherrschung ja vom Vf. gar nicht anhand der Originalpublikationen überprüft werden konnten, haben in einer Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erhebenden Publikation nichts zu suchen, auch wenn sie aus der Feder eines angehenden Journalisten kommen. Die sich stellende Frage, warum die Westmächte dem offenkundigen sowjetischen Expansionsstreben nicht konsequent entgegengetreten sind und sich dem Stalinschen Diktat fast ohne Widerrede gebeugt haben, wird allein mit dem Verweis auf einen drohenden ernsthaften Konflikt oder gar einen Krieg nicht erschöpfend beantwortet.

Da L. auf einer breiten Literaturgrundlage sowohl die Grenzproblematik im engeren Sinn als auch das besondere Interesse Stalins an der Westverschiebung der sowjetisch-polnischen und der polnisch-deutschen Grenze als Voraussetzung für die Errichtung eines Hegemonialglacis im östlichen Mitteleuropa würdigte und zudem ausführlich auf die Beziehungen zwischen der UdSSR und den Westmächten sowie das Verhältnis der polnischen Exilregierung zu den großen Drei und ihren kommunistischen Gegenspielern einging, bietet seine Zusammenfassung des bisherigen Forschungsstandes einen brauchbaren Einstieg in die Gesamtproblematik. Zu befürchten bleibt allerdings, daß sich zur Versöhnung über eine schmerzhafteste Grenze hinweg nicht bereite Vertriebenenpolitiker wohl kaum von gutgemeinten wissenschaftlichen Argumenten werden beeindrucken und von revanchistischen Gedankenspielen abhalten lassen.

Saarbrücken

Jörg K. Hoensch

**Siegfried Krülle: Die Konfiskation deutschen Vermögens durch Polen. Teil I: Die Enteignungsmaßnahmen.** (Forschungsergebnisse der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht, Bd. 16.) Verlag Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen. Bonn 1993. 192 S.

Die Ursachen des in dem Buch behandelten Problems werden von der Autorin, die durch zahlreiche völkerrechtliche und staatsrechtliche Veröffentlichungen bestens aus-